

1961
Friedrich-Ebert-Strasse
- 2. Juli 1961



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/172 - 2. August 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Aufklärung über und für Deutschland</u> Die Bedeutung einer aktuellen SED-Forderung Von Günter Markscheffel	92
3	<u>"Blauer Dunst"</u> NRW-Meyers haut auf die Pauke	40
4 - 5	<u>Prag - Kommunistische Hochschule für farbige Studenten</u> Akademische Kader für Afrika und Asien	75
6	<u>Aus dem Zeitgeschehen ...</u> <u>Zwei interessante Meldungen</u> Sitten bei uns und bei anderen	33

* * *
* *

Aufklärung über und für Deutschland

Die Bedeutung einer aktuellen SPD-Forderung

Von Günter Markscheffel

Vor einigen Tagen hat sich Herr Bundesausussenminister von Brentano rüchtig ins Zeug gelegt, weil von sozialdemokratischer Seite gesagt worden war, die Bundesregierung solle im befreundeten und neutralen Ausland die Aufklärungsarbeit über die Vorgänge in Deutschland verstärken. Natürlich, so meinte man im Bonner Auswärtigen Amt, habe die Bundesregierung alles in ihren Kräften stehende bereits getan, die Sozialdemokraten rennen offene Türen ein und wollten sicher nur "Wahlmunition" abschliessen. Wenige Stunden später jedoch wurde höchst offiziell verkündet, die Bundesregierung werde jetzt in zahlreichen Sprachen alles, was über das Deutschlandproblem gesagt werden müsse, veröffentlichen, sie werde ein "Weissbuch" über die Fluchtbewegung aus der Sowjetzone herausgeben und dergleichen andere Dinge mehr.

Die Tatsache, dass die Bundesregierung trotz der Aufregung des Herrn von Brentano auf einmal einen ganzen Katalog von Veröffentlichungen ankündigt, ist ein Hinweis darauf, wie wenig ausreichend das bisher auf diesem Gebiet Geschehens ihr selbst erscheint.

Wir wollen der Bundesregierung bei der Durchführung ihrer löblichen Vorsätze helfen und verweisen daher auf einige Merkwürdigkeiten, die zu dem Kapitel "Aufklärung über das Deutschlandproblem" gehören.

Fangen wir mit I t a l i e n an, dem Land, das bekanntlich seit Kriegsende eine der Adenauer-Regierung eng befreundete christliche Regierung hat. Unseres Wissens haben seit etwa einem Jahr auf Kosten deutscher Steuerzahler rund 120 recht namhafte italienische Journalisten die Bundesrepublik und Westberlin besucht. Man könnte also annehmen, dass ein grosser Teil der italienischen Presse hinreichend über unsere Probleme unterrichtet ist. Die italienische Regierung hat vor wenigen Tagen offiziell verlautbaren lassen, sie halte die Terrorakte in Südtirol n i c h t für das Ergebnis "pangermanistischer in Bonn und München gesteuerter Vorgänge". Trotzdem verbreitet ein grosser Teil der italienischen Presse nach wie vor Parolen, die ihren Ursprung ohne Zweifel in Pankow haben und deren Tenor genau das Gegenteil von dem ist, was die italienische Regierung verkündet hat.

Das geschieht in einem Lande, in dem Bundeskanzler Dr. Adenauer seit Jahren seinen Urlaub verbringt!

Ein anderes Beispiel: Es existiert beim Auswärtigen Amt in Bonn ein Bericht - er ist etwa fünf Monate alt - in dem man lesen kann, dass Ghana zu keinerlei Besorgnis Anlass gibt. Man beurteile zwar die Vorgänge in Ghana kritisch, könne jedoch im ganzen sagen, dieser afrikanische Staat werde seine Bindungen zum Westen nicht durch Seitensprünge nach dem Osten gefährden. - In diesen Tagen erleben wir das Gegenteil. Wir wissen auch, dass gerade in Ghana schon seit langer Zeit die sogenannte "DDR" und die Tschechoslowakei alle Nachrichten über Deutschland und das deutsche Problem "filtern", sehr starke Delegationen in diesen afrikanischen Staat unterhalten und im übrigen die ghanesische Führungsschicht systematisch im östlichen Sinne "bearbeiten".

2. August 1961

In mehreren anderen afrikanischen Staaten, so z.B. in jüngster Zeit in T u n i s, werden erhebliche Anstrengungen des Ostens spürbar, westliche Einflüsse zurückzudrängen. In Tunis hat man jetzt eine besondere Spielart der Unterminierung des Vertrauens zur Bundesrepublik entwickelt, die ungefähr so aussieht: Bonn unterstützt direkt oder indirekt Paris in seiner Afrikapolitik. Oder: Bonn ist nicht Deutschland, es gibt auch noch ein anderes Deutschland, das nicht die Pariser Afrikapolitik billigt.

Uns ist bekannt, dass man beim Auswärtigen Amt in Bonn über diese Vorgänge zwar unterrichtet ist, aber noch nichts unternommen hat, um ihnen wirkungsvoll zu begegnen.

Vor etwas mehr als einem Monat schrieben wir in diesem Pressedienst:

"Aber man braucht gar nicht nach Afrika oder Asien zu reisen, um dies zu erleben. Sogar in Paris wurde vor nicht allzu langer Zeit versucht, eine graphisch ausgezeichnet aufgemachte "Illustrierte" in französischer Sprache mit Hilfe der deutschen Botschaft unter das Publikum zu bringen, die in ihrem Inhalt kaum etwas von der Dramatik der Spaltung Deutschlands ahnen lässt. Jahrelang in Frankreich arbeitende deutsche Diplomaten, die die Mentalität des französischen Volkes sehr gut kennen, wurden vor Herausgabe dieser "Illustrierten" nicht einmal gefragt, was sie von dem Inhalt denken. Als dann an die zehntausend unverkäufliche Exemplare in den Korridoren der deutschen Botschaft herumlagen und das Auswärtige Amt in Bonn von fachkundiger Seite auf die Unmöglichkeit des Verfahrens aufmerksam gemacht wurde, gab es sehr unfreundliche Antworten."

Nach Veröffentlichung dieses Artikels haben wir zahlreiche Telefonanrufe erhalten. Zeitungen, Agenturen und andere Stellen wollten von uns wissen, ob das Bonner Auswärtige Amt diesen Teil unseres Artikels demontiert habe. Wir konnten darauf nur negativ antworten, haben aber - loyale Weise - die Anrufer an das Auswärtige Amt oder an die zuständige Stelle des Bundespresse- und Informationsamtes verwiesen. Auch dort sind unseres Wissens die heute noch einmal zitierten Stellen unseres seinerzeit veröffentlichten Artikels nicht demontiert worden.

Wir können - wenn es gewünscht wird - auch noch mit einigen anderen Beispielen mangelhafter Aufklärungsarbeit über und für Deutschland aufwarten. Mit allem Ernst möchten wir aber im Augenblick auf folgendes hinweisen: Die von der Bundesregierung jetzt angekündigte neue Aufklärungstätigkeit darf nicht die Angelegenheit der Regierungspartei bleiben. Sie darf auch nicht als Objekt einer routinemässig durchgeführten "Amtshandlung" betrachtet werden. Wenn die Bundesregierung wirklich Interesse daran hat, dass das uns bofreundete Ausland und die neutralen Staaten umfassend über das deutsche Problem mit allen seinen Aspekten unterrichtet werden, dann soll sie sich die grossen internationalen Erfahrungen zunutze machen über die auch jene politischen Kräfte in der Bundesrepublik verfügen, die zur Zeit nicht an der Regierung teilhaben. Eine Regierung jedoch, die sich die Summe der Erfahrungen dieser im Ausland und in Deutschland angesehenen Persönlichkeiten und Institutionen nicht zunutze macht, hat nicht begriffen, worum es jetzt geht.

"Blauer Dunst"

G.H. - Vielleicht pocht der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Meyers auf die kürzere Distanz, die er gegenüber seinen Bonner Freunden zum Ruhrgebiet hin hat, es sieht jedenfalls ganz so aus, als fühle er sich in Sachen "Blauer Himmel" fachmännischer fundiert. Während nämlich die Bonner CDU-Prominenz noch bei ihren Kalauern über das sozialdemokratische Regierungsprogramm verbleibt, sieht Franz Meyers, der besser über die Ansichten und Wünsche der Ruhrgebietsbevölkerung unterrichtet ist, die Dinge anders.

Er glaubt nicht daran, dass man das, was Willy Brandt als dringliche Aufgaben für die nächsten Jahre empfohlen hat, durch ein paar alberne Witzchen aus der Welt schaffen kann. Und er scheint schon gar nicht daran zu glauben, dass die seit Jahr und Tag von einer unerträglichen Dunstglocke geplagten Bewohner des Kohlenpotts die Frage des blauen Himmels über ihren Städten und Gemeinden als eine grosse propagandistische Seifenblase ansehen.

*

Den Rest an Gewissheit, dass solche Themen eine sehr reale Basis haben, mag sich Meyers in den USA geholt haben, wo er sich in der Stahlarbeiterstadt Pittsburgh staunend davon überzeugte, wie die Amerikaner mit ihrer Luftverpestung fertig geworden sind. Gott sei Dank haben die Leute in Pittsburgh das vorexerziert, womit denn wenigstens solche Anmerkungen widerlegt sind wie: Das ist doch weder technisch noch finanziell möglich.

Franz Meyers hat sich mit eigenen Augen überzeugt, und das mag seine Bedenken gegen die Taktik seiner politischen Freunde verstärkt haben, die sozialdemokratischen Vorschläge einfach zu ignorieren. Vielleicht huldigt er in anderen Punkten den Rezepten der Bonner Wahlstrategen; in Sachen Ruhrgebiet glaubt er sich besser beraten.

*

Entsprechend hat er sich in den letzten Wochen mit einer für die Arbeitspraxis der Landesregierung ungewohnten Dynamik engagiert. Franz Meyers kalkuliert jetzt offenbar so: Wenn ich ab sofort kräftig auf die Pauke haue, wird das auch mein Thema. Er möchte den Sozialdemokraten, wie man so schön sagt, kurzerhand die Schau stehlen.

Und das ist leider das, was die Vertreter der Bundesregierung den Sozialdemokraten nach der Verkündung des SPD-Regierungsprogramms zum Vorwurf machten: Daß es reine Propaganda sei, was da betrieben würde. Die Sozialdemokraten könnten also jetzt die Bonner Ansicht über den blauen Himmel über dem Ruhrgebiet an Franz Meyers weitergeben. Und solange Bonn und Düsseldorf sich sowenig über das Problem einig sind, besteht tatsächlich der Verdacht, dass Franz Meyers zwar auf eigene Faust losgeht; aber nur der Propaganda wegen.

Universität Prag - Kommunistische Hochschule für farbige Studenten

sp - Der Ostblock hat bisher von Prag aus eine Reihe von wichtigen Offensiven gegen den Westen gestartet - sowohl auf wirtschaftlichem, als auch auf kulturellem Gebiet. Dabei wurde ganz augenfällig die Tatsache einkalkuliert, dass die Tschechoslowakei einerseits über eine Reihe von Exportgütern und Kurorten von altem Weltruf verfügt und dass sich andererseits aus dem Abwehrkampf der Tschechen gegen das Hitlerregime während des Krieges und den Tragödien von Lidice und Theresienstadt politisches Kapital schlagen lässt. Prag als alte Universitätsstadt übte bereits vor dem letzten Kriege eine starke Anziehungskraft auf solche Studenten aus, die damals schon zu den politischen Flüchtlingen gehörten. Allerdings handelte es sich zumeist um Gegner des Kommunismus; so beherbergte Prag vor dem Kriege auch eine freie, ukrainische Universität. Die Ironie der Geschichte will es, dass in heutigen kommunistischen Prag nur solche ausländische Studenten Gastfreundschaft geniessen, die nicht gegen, sondern für den Kommunismus sind oder für ihn anfällig gemacht werden sollen.

Grosszügige Fürsorge

In den ersten Jahren des kommunistischen Regimes waren unter den ausländischen Studenten in Prag die Chinesen und Südostasiaten in der Überzahl. Dann kamen allmählich mehr Studenten aus Indien und aus dem Vorderen Orient, insbesondere aus den arabischen Ländern. Nordafrika mit Tunis, Algerien und Marokko rückten nach und derzeit sind es insbesondere Neger-Studenten, denen durch sehr grossherzige Stipendien ein mehrjähriger Studienaufenthalt in Prag ermöglicht wird. Die Höhe der Stipendien nimmt auch darauf Rücksicht, ob der afrikanische Student verheiratet ist (in den meisten Fällen trifft dies zu) oder ob er zuhause für seine Familie als Ernährer oder Miternährer anzusprechen war. Die Stipendien sollen die Neger-Studenten nicht nur in die Lage versetzen, in Prag vollständig sorgenfrei zu leben, sondern es ihnen eventuell auch ermöglichen, die eigene Familie durch regelmässige Zuwendungen zu unterstützen. Eine derartige Fürsorge des Prager Regimes ist natürlich politisch äusserst wirkungsvoll gezielt und spricht sich in dem jeweiligen afrikanischen Land mit der Schallgeschwindigkeit der Nachrichtentrommeln herum.

Sympathiewerbung

Hat Prag schon seit jeher den Ruf genossen, dass in der Stadt Rassenfragen keine Rolle spielen - bei dem seinerzeitigen Angriff Mussolinis auf Abessinien war die Tschechoslowakei einer der wenigen

Staaten Europas, der mit den Abessinern offen sympatisierte und ihnen politisches Asyl anbot -, so hat das Regime ohne Zweifel vielfach nachgeholfen, um der Öffentlichkeit den Wert eines korrekten Verhaltens "befreundeten Ausländern" gegenüber nahezubringen. An einer kleinen, aber dafür umso wirkungsvolleren Geste ist in erster Linie die Prager Schuljugend beteiligt. Ihr wird in der Schule immer wieder nahegelegt, in den öffentlichen Verkehrsmitteln jederzeit weiblichen Fahrgästen ohne Rücksicht auf Alter und Hautfarbe Platz zu machen. Augenzeugen berichten immer wieder, welchen tiefen Eindruck es auf Neger-Studenten macht, wenn ihren Studentinnen in einer Strassenbahn oder in einem Bus sofort von der Schuljugend Platz gemacht wird und die übrigen Fahrgäste diese Geste mit beifälligem Lachen begleiten.

Botschafter des Kommunismus

Die Unterbringung der Neger-Studenten ist in Prag so geregelt, dass sie gar nicht in die Lage versetzt werden, sich erst ein Zimmer suchen zu müssen. Ein Teil von ihnen wohnt in der ehemaligen Studentenkolonie "König Alexander" in der Nähe des alten Sparta-Stadions auf dem Sommerberg (Letna), die meisten sind in einem neuen und modernen Studenteninternat untergebracht, das im Stadtteil Hrdlořezy eigene für ausländische Studenten errichtet wurde. In diesem Internat haben die Studenten die Möglichkeit, ganz "nach ihrer Art" zu leben und sich auch die ihnen gemahnen Speisen zubereiten zu lassen oder sich selber zuzubereiten. Bevor sie mit den Studien beginnen, besuchen sie einige Monate lang tschechische Sprachkurse auf Kosten des Staates und sind so ohne weiteres in der Lage, den Vorlesungen zu folgen. Von den meisten Neger-Studenten wird berichtet, dass ihre Sprachbegabung aussergewöhnlich ist und dass sie überraschend schnell sich in der sicherlich für Ausländer sehr schweren tschechischen Sprache zurechtfinden. Sie werden auch angehalten, Russisch zu lernen, um ihre Studien eventuell in der Sowjetunion fortsetzen zu können.

Zweifellos hat man in Prag ein sicheres Gefühl dafür entwickelt, wie man die Neger-Studenten so zu behandeln hat, dass sich diese, ohne es zu wissen oder sich dessen bewusst zu werden, zu überaus wichtigen Botschaftern des Kommunismus in den afrikanischen Staaten entwickeln.

Aus dem Zeitgeschehen ...

Zwei interessante Meldungen

Sitten bei uns und bei anderen

sp - In mehreren Zeitungen der Bundesrepublik konnte man dieser Tage zwei interessante Meldungen lesen, die eigentlich gar nichts miteinander zu tun haben, trotzdem jedoch als "Zeitgeschehen" zusammen von uns registriert werden sollen.

In Bad H o m b u r g (Hessen) hat ein ganz gewissenhafter Hüter der Ordnung scharf die Parkuhren beobachtet. Hierbei stellte er fest, dass ein junger Mann seinen Wagen vor einer Parkuhr platzierte, die noch nicht abgelaufen war. Besagter junger Mann beging das "Verbrechen", keinen neuen Groschen in die Uhr einzuwerfen, sondern als "Nassauer" die noch bezahlte Parkzeit für sich in Anspruch zu nehmen. Der gewissenhafte Hüter der Ordnung, in diesem Falle also buchstäblich und wortwörtlich das Auge des Gesetzes, zeigte den jungen Mann an. - Wer nun geglaubt hätte, dass die ganze Angelegenheit als Bagatellesache behandelt worden wäre, irrt sich. Das Amtsgericht Bad Homburg verdonnerte den jungen Mann zu 10,-- DM Geldstrafe, weil er unberechtigt die von einem anderen bezahlte Parkgebühr für sich in Anspruch genommen hatte. Da wir Deutschen immer alles ganz genau wissen wollen, verwarf nunmehr der Erste Strafsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt die Revision des jungen Mannes gegen das Urteil und verdonnerte ihn erneut.

So streng sind bei uns die Sitten!

Es fragt sich nur, ob es sich überhaupt lohnt, einen ganzen Polizei- und Justizapparat in Bewegung zu setzen, um festzustellen, dass ein Parker vielleicht unberechtigt für 5 Pfennig nassauert.

*

Die andere Meldung kommt aus W i e n . Dort sind 340 Soldaten des österreichischen Bundesheeres in einen Hungerstreik getreten, weil ein "Spiess" befohlen hatte, eine halbe Stunde länger als üblich Dienst zu tun. - Aus Wien, der Stadt der schönsten Walzer, verkündet, der Herr Verteidigungsminister habe geschmunzelt, als er von dieser Geschichte hörte, niemand sei angezigt worden und die ganze Sache sei mit einem homerischen Gelächter aller Beteiligten begraben worden.

So schön sind dort die Sitten!

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel